

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 2

**Rubrik:** Unsere Meinung

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## UNSERE MEINUNG

### Schweizer Innenpolitik im Lichte von Krisen und Krieg

Fünfzehn Monate nach der Abstimmung über die Initiative zur Abschaffung der Schweizer Armee wurde unser Land definitiv von der Weltwirklichkeit eingeholt. Gerade noch rechtzeitig zu den 700-Jahrfeierlichkeiten, die jener Teil der Schweizer Bevölkerung, der von «Skandal» zu «Skandal» hechelte und der die eidgenössische Selbstzerfleischung auf die Spitze trieb, sowieso ganz einfach aus der Realität ausblenden wollte («700 Jahre sind genug»).

Fünfzehn Monate, nachdem sich ein gutes Drittel der stimmenden Schweizerinnen und Schweizer mit ihrem «Ja zur Liquidation unserer Sicherheitspolitik aus der Wirklichkeit verabschiedet haben oder auf fahrlässige Weise irgendwelche subjektivistische «Signale» setzen wollten, stehen die Zeichen auf Sturm. Der Golfkrieg, die offenen, verdeckten oder noch keimenden Bürgerkriege

in der Sowjetunion und Jugoslawien sowie eine dräuende internationale Terrorwelle erteilen uns eine saftige Lektion der praktischen politischen Vernunft.

1. Trotz aller Diplomatie und anderer Versuche, den Golfkonflikt gewaltfrei zu lösen, musste dem Völkerrecht durch die Völkergemeinschaft mit militärischer Gewalt nun Nachachtung verschafft werden. Armeen demokratischer Staaten sind nicht Selbstzweck, sondern das äusserste Mittel zur Verteidigung oder Wiederherstellung staatlicher Souveränität. Nationale Selbstbestimmung ist nur glaubwürdig, wenn sie militärisch untermauert wird. Das Schweizer Neutralitätsrecht legitimisiert sich nicht von selbst, sondern erst durch die Bereitschaft und die Verfügbarkeit der Machtmittel, um im Extremfall diese Neutralität manu militari zu schützen. Das fängt mit dem Entscheid an, den Luftraum über der Schweiz zu sperren und diesem souveränen Akt durch die eigene Luftwaffe Nachachtung zu verschaffen.

Eine Zeit des relativen Friedens (z. B. das Ende des Kalten Krieges in Europa) ist eben relativ zur Wirklichkeit – und solange diese Wirklichkeit durch das Handeln unvollkommener Menschen geprägt wird, ist auch der Frieden nicht vollkommen. Damit ist gesagt, dass der relative Frieden immer unkalkulierbare Risiken hat. *Armeen dienen der Risikominimalisierung.*

2. Auch die Friedensbewegung ist im übrigen unvollkommen und birgt – wie zu zeigen ist – unkalkulierbare Risiken. Die NATO-Nachrüstung Anfang der achtziger Jahre, die von der europäischen Friedensbewegung ebenso vehement wie vergeblich bekämpft wurde, war der Anfang vom Ende des Kalten Krieges. Den relativen Frieden, den wir seither in Europa beobachten können, haben wir also nicht wegen, sondern trotz der Friedensbewegung.

Ihre Proteste vor und nach Ausbruch des Golfkrieges können nichts daran ändern, dass es nicht den Friedensbewegten, sondern der militärischen Kraft der USA und ihrer Verbündeten zu verdanken ist, dass der irakische Diktator nach diesem Krieg nie mehr in der Lage sein wird, Giftgase auf wehrlose Zivilisten zu versprühen, Hinrichtungen von Oppositionellen anzuordnen, Nachbarstaa-

ten zu annektieren und mittels Morden, Foltern und Brandschätzungen zu unterwerfen. Hussein wird auch nie mehr Tausende von Ausländern als Geiseln nehmen und einem zynischen Psychoterror aussetzen. Hussein wird es nie mehr zum Schlimmsten – zum Einsatz einer Atombombe etwa gegen Israel – kommen lassen können. Das alles haben wir – wie gesagt – nicht den Friedensbewegten, sondern den Alliierten und der Entschlusskraft des amerikanischen Präsidenten zu verdanken.

Die weltweiten Proteste der Friedensbewegung passten hingegen sehr wohl ins geschönte Bild von Saddam Husseins Realitätswahrnehmung: Sie bestärkten seine Unnachgiebigkeit, weil er hoffen konnte, Präsident Bush würde es nicht zum äussersten kommen lassen und seinerseits nachgeben.

*Die Friedensbewegung hat auch 1991 – wie schon jedesmal in diesem Jahrhundert – einen kontraproduktiven Effekt erzeugt.*

3. Der Ruf der Friedensbewegung «Kein Blut für Öl» wäre glaubwürdiger, wenn er schon im letzten August hunderttausendfach rund um die Welt erklungen wäre. Saddam Hussein hatte nämlich schon damals kuwaitisches «Blut für Öl» fliessen lassen. «Am



## Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration –  
Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Telefon 031 43 12 12

Telefax 031 43 38 91

Postcheck Zeitbild 30-24616-5

Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03

Deutsche Bank Frankfurt a. M.

(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Forschung, Information und Dokumentation

**Redaktion**

Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**

Peter Dolder, Trudy Gasser

**Abonnementspreise Schweiz**

Jahresabonnement Fr. 57.–

Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 34.–

Einzelnummer Fr. 2.80

**Abonnementspreise Ausland**

**Europa + Mittelmeerländer**

Jahresabonnement sFr. 62.–/DM 73.–

Luftpost sFr. 67.–

Studenten, Lehrlinge und Schüler

sFr. 39.–/DM 46.–

Einzelnummer sFr. 3.10/DM 3.60

**Übersee**

Jahresabonnement Luftpost sFr. 72.–



Ihr Teppich- und Boden-  
belagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern  
Thunstrasse 7  
am Helvetiaplatz  
Tramlinien 3 + 5

Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und  
Reinigungen von Orient-,  
Handweb- und Berber-  
teppichen sind wir Ihr  
Vertrauenshaus.

Erdöl hängt, zum Erdöl drängt doch alles, ach, wir Armen» ist man geneigt, frei nach Goethes «Faust», zu formulieren. Dabei drängt sich gleich die Frage auf: Warum ist das eigentlich so?

Die Antwort sollte uns leichtfallen, haben wir doch erst vor vier Monaten – und damit angesichts der heraufziehenden Golfkrise! – eine klare Haltung eingenommen: Wir verzichten vorläufig auf den Ausbau der Kernenergiegewinnung und begeben uns lieber noch stärker in die Erdölabhängigkeit.

Es ist jetzt der Zeitpunkt, einmal festzustellen, dass von den Fakten her betrachtet (und das schliesst das Entwicklungspotential der sogenannten Alternativenergien ein), *die Etappensiege der Anti-KKW-Bewegung mittelbar die Exklusivität des Erdöls steigern – mit allen politischen Konsequenzen* «... zum Erdöl drängt doch alles, wir Armen».

4. Die Schweizer Behörden haben in diesen Tagen in steigendem Umfang Sicherheitsmassnahmen gegen mögliche Terroranschläge eingeleitet. Es sind die grössten Vorkehrungsmassnahmen, die in der Schweiz je gegen den Terrorismus ergriffen wurden. Sind wir darauf vorbereitet? Unverzichtbare polizeitechnische Voraussetzung ist das Sammeln und Auswerten von Informationen. Informationen über Menschen. Dabei kann man nicht «prima vista» und «Sprenu von dem Weizen scheiden» – alles kommt auf die Fische. Jawohl, auf die Fische.

Informationen wurden in der Vergangenheit entweder aktiv durch Polizeibeamte beschafft, sie wurden durch aufmerksame Bürger gemeldet oder durch Zuträger vermittelt. Informationen und Tips erhielt die Schweiz aber auch durch befreundete Geheimdienste.

Nun wurde bekanntlich vor 14 Monaten der Bericht der PUK I (Präsident: Nationalrat Leuenberger Moritz, SP) veröffentlicht, der seither der SP Schweiz unter dem Stichwort «Fischen» Gelegenheit gibt, ein Thema für das Wahljahr 91 anzuheizen und ihr Fraternisieren mit sozialistischen Diktatoren a. D. (Honecker, Causecsu und Co.) in Vergessenheit geraten zu lassen. Vor vier Monaten

wurden die Erkenntnisse der PUK II publiziert. Ihr Präsident, CVP-Ständerat Carlo Schmid, forderte kürzlich im «Bund» das Primat der politischen Führung über die militärische. Diese ist seit 1907 (!) in der Schweizer Militärordnung festgelegt (MO 208). Bei einem Präsidenten einer Parlamentarischen Untersuchungskommission, der derart unbedarft daherredet und beweist, dass er seine «Hausaufgaben nicht gemacht hat», darf man auch keinen besonderen Leistungsausweis erwarten. Tatsächlich brachte der PUK-II-Bericht keine neuen Erkenntnisse (das kann Ständerat Schmid nicht angelastet werden); dafür wurden unter dem Gejohle von Linken und angeblichen Grünen eine wahre Treibjagd auf hohe Offiziere und Exponenten aus der Geheimsphäre unseres Staates inszeniert (und dass dazu kein klärendes Wort gesprochen wurde, dafür trägt der Standesherr aus Appenzell Innerrhoden die Verantwortung).

Nicht nur er, denn inzwischen hat die Schweiz «ausgemistet», wie Bundesräte die «Tabula-rasa»-Politik, die das Parlament unter dem Druck der Linken und einiger Medien forderte, zu bezeichnen beliebt. Und zurück bleibt ein Scherbenhaufen. Zum Beispiel: Anlässlich des Aussenministertreffens Baker-Aziz in Genf vom 9. Januar beklagte sich ein zuständiger Genfer Sicherheitsbeamter öffentlich, dass er – als Folge der Fichenhysterie – kaum mehr Informationen und Tips aus der Szene mehr erhalte, was die Vorkehrungen zum Schutze der prominenten Politiker äusserst kompliziert gestalte... Die Amerikaner verzichteten offenbar auf geheimdienstlichen Informationsfluss zugunsten der Schweiz und zogen zur Abwehr von Terror ihr eigenes Sicherheitssystem auf.

*Fichen und Geheimdienstkontakte verhindern Terroranschläge nicht mit Sicherheit, aber sie sind zumindest die einzige Möglichkeit, damit die Behörden, die für die Sicherheit der Bevölkerung verantwortlich sind, nicht vollständig im dunkeln tappen.*

Unser Land hat allen Grund, die jüngsten innenpolitischen Entwicklungen aus heutiger Sicht zu reflektieren und die Lektion für praktische politische Vernunft ernst zu nehmen.

Jürg L. Steinacher

## DER DONAURAUM

Vierteljahresschrift für  
Donauraum-Forschung  
Jg. 30 / 1989/90

### Themen:

#### Harald Bachmann

Die Landesregierung von  
Deutschböhmen und das  
verweigerete  
Selbstbestimmungsrecht  
1918/19

#### Vincent Baláz

Die internationale Bedeutung  
des Baues der Donaukraftwerke  
Gabčikovo-Nagymaros

#### Gustav Chaloupek

Österreichische Erfahrungen  
aus der Wirtschaftspolitik der  
Nachkriegszeit für den  
Übergang zur Marktwirtschaft in  
Osteuropa

#### Felix Ermacora

Berichte eines unabhängigen  
Beobachters über die Wahlen in  
Rumänien am 20. Mai 1990

#### Andreas Jonas

Die Menschenrechte in  
Rumänien

#### Theodor Weiter

Europäische Konvention der  
Menschenrechte und des  
Selbstbestimmungsrechts

#### Wort und Welt Verlag

Krumerweg 9  
A-6065 Thaur bei Innsbruck

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 412775

... Steiger druckt's